

1 **Antrag des Arbeitskreises *Strukturwandel Rheinisches Revier* der SPD des Rhein-Erft-**
2 **Kreises zum Kreisparteitag am 10./11. Juni 2022**

3
4 **Energiewende 2.0 auf den Weg bringen, Lebensperspektiven schaffen,**
5 **Industrie und Wohlstand sichern und ausbauen**

6
7 Die SPD im Rhein-Erft-Kreis fordert ein entschiedenes Einsetzen für Klimaschutz und damit
8 eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete verantwortungsvolle Politik, die die Lebensgrundlagen
9 der Bürgerinnen und Bürger im Zeichen von Energiewende und Strukturwandel im
10 Rheinischen Revier in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

11
12 Daher sind unsere zentralen Forderungen im Strukturwandel für den Rhein-Erft-Kreis:

- 13 ○ **Energiewende vor dem Hintergrund des 1,5 Grad - Ziels in sämtlichen politischen**
14 **Handlungsfeldern konsequenter umsetzen**
- 15 ○ **Erneuerbare Energien (z.B. Wind, Solar, Biogas, grüner Wasserstoff) mit hohem Tempo**
16 **ausbauen**
- 17 ○ **Unsere Region als klimagerechten Wirtschafts- und Industrie-Standort ausbauen und**
18 **stärken**
- 19 ○ **Bestehende Unternehmen dabei unterstützen, klimaneutral zu werden**
- 20 ○ **Neue, klimaneutrale Industrien und Gewerbe ansiedeln – mit guten tarifgebundenen**
21 **Arbeitsplätzen**
- 22 ○ **Öffentliche Vergaben an Unternehmen mit klimaneutraler Perspektive**
- 23 ○ **Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Region erhalten und zukunftssicher gestalten**
- 24 ○ **Chancengerechte Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle ermöglichen**
- 25 ○ **Alle vom Wandel betroffenen Menschen mitnehmen**
- 26 ○ **Arbeit der ZRR überprüfen und auf Ergebnisorientierung ausrichten; dabei die**
27 **Mitentscheidung der Anrainerkommunen in allen Bereichen (wie z.B. Neuland GmbH)**
28 **stärken**
- 29 ○ **Schutz vor Extremwetterereignissen (z.B. Hochwasser, Starkregen, Sturm, Hitzewellen,**
30 **Wasserknappheit) schaffen und regelmäßig überprüfen**
- 31 ○ **Bergbau-Landschaft zukunftsgerichtet rekultivieren sowie ökologische Vielfalt**
32 **sicherstellen und vermehren**
- 33 ○ **Lebensqualität für die Menschen in der Region und Attraktivität für Tourismus steigern**
- 34 ○ **Ökologische Landwirtschaft mit biologischem Anbau und artgerechter Tierhaltung**
35 **stärken**

36
37 **Zur Begründung:**

38 Die SPD im Rhein-Erft-Kreis spricht sich klar für das konsequente Erreichen des 1,5°Grad –
39 Zieles der internationalen Klimapolitik aus, um die verheerenden Folgen der globalen Erd-
40 erwärmung für Mensch und Umwelt einzudämmen und damit die Lebensgrundlagen der
41 Bürgerinnen und Bürger unserer Region sicherzustellen.

43 Deutschland wagt unter der Ampel-Koalition Fortschritt! Herausforderungen, die die
44 gesamte Gesellschaft betreffen, werden angepackt. Jetzt ist ein auf die Zukunft gerichtetes
45 Handeln gefragt, dass die natürlichen Lebensgrundlagen, den Wohlstand und den
46 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft mit Blick auf die kommenden Generationen
47 sicherstellt. Den fortschreitenden Klimawandel müssen wir eindämmen und Erneuerbare
48 Energien in unserer Region deutlich schneller ausbauen. Energie- und Strukturpolitik ist auch
49 gleichzeitig Friedenspolitik und verlangt gerade auch aktuell, im Rahmen der regionalen
50 Möglichkeiten den russischen Despoten Putin in die Schranken zu weisen und europäische
51 Demokratien zu stärken.

52

53

54 Wir unterstützen die Bestrebungen, den Kohleausstieg fortzuschreiben, wenn die in den
55 KWSB-Beschlüssen 2019 klar definierten Kriterien wie Versorgungssicherheit, Netzstabilität,
56 Sozialverträglichkeit erfüllt sind und damit ein erfolgreicher Strukturwandel gelingt. Wir
57 werden besonders den sozialen Zusammenhalt bei der Transformation berücksichtigen.

58

59 Die weit reichenden Themen des Strukturwandels und des Kohleausstiegs sehen wir jedoch
60 auch mit Sorge, da ggf. gesellschaftliche Kompromisse aufgekündigt werden. Als Ausstiegs-
61 datum hatte die Kohlekommission 2019 nach monatelangen und intensiven Beratungen
62 fachlich begründet das Jahr 2038 gewählt – mit einer je nach Entwicklung der Energiemarkt-
63 situation möglichen Option des vorgezogenen Ausstiegs 2035. Die Kohlekommission hatte
64 den Zusammenhang des bis Ende 2022 anstehenden Auslaufens der Kernenergie und der
65 gleichzeitigen Reduktion der Kohleverstromung beraten und war zur Überzeugung gekom-
66 men, dass ein Ende der Kohleverstromung wegen der unzureichenden Geschwindigkeit des
67 Ausbaus von Erneuerbaren Energien, Netzen und Gaskraftwerken nicht vor 2038 möglich
68 ist. Um unsere regionale Wirtschaft zum Wohle aller zu stärken, müssen Schritte zum
69 beschleunigten Braunkohleausstieg gut überlegt sein. Ein Ausstieg bereits 2030 wird unserer
70 Auffassung nach unter all' den gegebenen aktuellen Umständen unrealistisch und unver-
71 antwortlich, besonders vor dem Hintergrund der angestrebten Energie-Unabhängigkeit von
72 anderen Staaten, v.a. von Russland.

73

74 Der Kohleausstieg ist aktuell im Rheinischen Revier im vollen Gange. Die gesetzlichen
75 Vorgaben werden bisher konsequent umgesetzt. Bis Ende 2022 sollen bereits rund
76 3 Gigawatt Kraftwerksleistungen aus dem Netz genommen werden. Ebenfalls wird am
77 Standort Frechen bis Ende 2022 die Brikettierung beendet. Diese zügige Reduzierung um
78 ein Drittel der vorhandenen Kraftwerksleistungen ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.
79 Auch in den darauffolgenden Jahren bis 2030 werden in unserem Revier erneut rund 3
80 Gigawatt stillgelegt, so dass ab 2030 nach den bisherigen Planungen bis zum Ende der

81 Kohleverstromung nur noch die drei Kraftwerksblöcke mit optimierter Anlagentechnik (sog.
82 „BoA“-Kraftwerke mit insgesamt rund 3 Gigawatt, zzgl. 600 Megawatt Sicherheitsreserve bis
83 Ende 2033) am Netz sein werden. Ausgehend von den CO₂-Emissionen aus der
84 Braunkohleverstromung in den Kraftwerken der RWE Power AG im Jahr 2018 (rd. 75 Mio. t
85 CO₂) wird damit bereits ab 2030 der CO₂-Austoß um etwa zwei Drittel vermindert sein,
86 gemessen am Jahr 1990 um über drei Viertel. Die Emissionen aus der Braunkohle sinken
87 deutlich schneller als mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes vom August 2021
88 vorgegeben (dort minus 65% bis 2030).

89

90 Aufgrund des derzeitigen Ukrainekrieges und seiner Folgen hat sich die Lage dramatisch
91 verändert. Nun gilt es zu prüfen, welche Kohlekraftwerke durch eine Fortsetzung der Sicher-
92 heitsbereitschaft oder durch Anpassung des Stilllegungspfads nach dem KVBG einen
93 wichtigen Beitrag zur Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung leisten können.

94

95 Für 2026 war im Jahr 2019 ein Überprüfungszeitpunkt für den vollständigen Kohleausstieg
96 eingezogen worden. Nun soll diese Überprüfung vorgezogen werden auf Ende 2022, mit
97 dem Ziel eines Kohleausstieges idealerweise 2030.

98

99 Die SPD im Rhein-Erft-Kreis unterstützt die „Wenn-Dann“-Logik der Kohlekommission,
100 welche nun auch dem Ampel-Koalitionsvertrag zugrunde liegt. Jede Beschleunigung des
101 Auslaufens hat Voraussetzungen, die auch im Vertrag genannt sind. Im Mittelpunkt steht
102 dabei ein deutlich schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie von Gas-
103 Kraftwerken zur Absicherung der Stromversorgung. Weiterhin plant die Ampel-Koalition eine
104 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Bereitstellung von zusätzlichen Flächen
105 on- und offshore für die Windkraft sowie ein Förderprogramm für den Ausbau von Solar-
106 Dächern. Das politisch Gewünschte ist mit dem real Machbaren in einen konkreten
107 Zusammenhang zu bringen. Die SPD im Rhein-Erft-Kreis fordert das Anlegen dieser
108 nüchtern sachlichen Messlatte, wenn Ende 2022 der Fahrplan des Kohleausstiegs überprüft
109 wird.

110

111 Das im Herbst 2021 veröffentlichte Statement der Bürgermeister*innen in den vom Kohle-
112 ausstieg im Rheinland besonders betroffenen 20 Kommunen zeigt, dass bisher das Schaffen
113 neuer Strukturen und ein konstruktiver Strukturwandel nicht gelingen. Die SPD im Rhein-Erft-
114 Kreis unterstützt die Aussagen der Bürgermeister*innen. Trotzdem soll sich die Geschwin-
115 digkeit des Ausstieges nun laut Ampel-Koalitionsvertrag verdoppeln. Ein Strukturbruch ist auf
116 jeden Fall zu verhindern. Beschäftigte in der Kohleindustrie und den Zulieferbetrieben
117 mussten mit den aktuellen Gesetzen (inkl. „Strukturstärkungsgesetz“) harte Einschnitte
118 hinnehmen. Eine Abkehr von dem erst vor drei Jahren in der Kohle-Kommission gefundenen

119 Kompromiss führt bei den Beschäftigten in den Tagebauen, Kraftwerken und Zuliefererfirmen
120 sowie in der Industrie erneut zu Verunsicherung und Existenzsorgen. Jungen Menschen in
121 der Region fällt es schwer, die Aussagen des Vertrages zur „Ausbildungsplatzgarantie“ ernst
122 zu nehmen. Betriebsräte sind hart eingebunden in die Bemühungen, über das
123 Anpassungsgeld (APG) bereits bis Ende 2024 eine beinahe Halbierung der Belegschaft bei
124 RWE Power sozialverträglich auszugestalten.

125

126 Ein reines Vorziehen des Kohleausstiegs um acht Jahre auf 2030, um 30 GW an Kraft-
127 werkskapazität in Deutschland wenige Jahre schneller vom Netz zu nehmen, während allein
128 in China in den 2020er Jahren 290 GW an Kohle neu ans Netz gehen werden, wird nicht zu
129 der erhofften Klimawende führen. Wir müssen mit gutem Beispiel voran gehen und
130 erneuerbare Alternativen und Speicher mit hohem Tempo ausbauen, um das Klima und den
131 Wirtschaftsstandort Rheinisches Revier nicht nur zu schützen, sondern auch zu stärken. Hier
132 müssen ökologischer und ökonomischer Realismus im Einklang walten.

133

134 Die Erfahrungen der Starkregenereignisse im Sommer 2021 haben im Rhein-Erft-Kreis den
135 Eindruck verfestigt, dass neben den Klimaschutzbemühungen nun der Einsatz für Menschen
136 vor Ort zentral ist, die direkt vom Klimawandel betroffen sind. Hab und Gut dieser Menschen
137 sowie die Infrastruktur ihrer Heimat resilienter gegen Klimawandelereignisse zu machen, das
138 ist heute in einer Gesellschaft geboten, die ernsthaft die Zeichen der Zeit erkennt sowie öko-
139 logisches Engagement, Wohlstand und Zusammenhalt wahrhaftig zu ihren gleichwertigen
140 Zielen erklärt. Auch unsere Kommunen haben überdurchschnittliche Kosten beim klima-
141 gerechten Umbau und brauchen hier dringend Unterstützung. Finanzielle Hilfen für
142 Privatleute kamen nicht oder nur sehr zeitlich verzögert an.

143

144 Es ist gut, dass der Erftverband nun bis zu 50 Wasserschutz-Maßnahmen evaluiert, mit ei-
145 nem Speichervermögen von bis zu 16 Milliarden Liter Wasser. Doch Entscheidungsprozesse
146 und letztlich Baumaßnahmen, wie zum Beispiel weitere Hochwasser-Rückhaltebecken,
147 dauern bisher zu lange. Hier fordern wir von der Landespolitik in Düsseldorf und bei der
148 Bezirksregierung Köln eine deutliche Beschleunigung sämtlicher Prozesse. Die Möglich-
149 keiten des Wasser- und Katastrophenschutzes sind nun auszuweiten und damit zu
150 optimieren.

151

152 Wir als SPD des Rhein-Erft-Kreises stehen entschieden an der Seite der von Starkregen und
153 Hochwasser geschädigten und gefährdeten Menschen und unterstützen sie bei der
154 Wiederherstellung ihrer Lebensmittelpunkte.

155

156 Für die Zukunft der Region muss ein verantwortungsvolles, planbares Auslaufen der Braun-
157 kohleförderung, eine sachgerechte und bis zum Abschluss realisierte Rekultivierung mit
158 dauerhaft gesicherten, betretungssicheren Tagebau-Böschungssystemen sowie eine Ent-
159 schädigung und Hilfe für Betroffene von Bergschäden an Anwesen möglich sein. Ein Kohle-
160 ausstieg 2030 würde die Schaffung einer sicheren Bergbaufolgelandschaft verhindern. Die
161 von den Einschnitten der Kohleförderung betroffenen Kommunen haben jedoch ein Anrecht
162 auf eine Schaffung lebenswerter Räume mit ökologisch reichhaltiger Biodiversität, touris-
163 tischer Attraktivität und Wirtschaftsperspektive sowie einer ökologischen Landwirtschaft, die
164 eine gute regionale Versorgung sicherstellt. Hierzu gehören die Inanspruchnahme der Orts-
165 lage Lützerath, aber auch die Bewahrung der Kirche in Manheim (alt), angrenzend an die zu
166 schaffende Manheimer Bucht. Zu Lützerath liegt mittlerweile die Entscheidung des OVG
167 Münster vor. Es gibt nach diesem Urteil keinen vorläufigen Räumungsstopp für Lützerath.
168 Damit kann der Tagebau Garzweiler im Bereich Lützerath planmäßig und im Einklang mit der
169 Leitentscheidung des Landes NRW vom März 2021 weitergeführt werden. Auch die
170 Zuleitung von Rheinwasser (mangels anderer großer Wasserquellen) in die zukünftigen
171 Tagebaurestlöcher Garzweiler und Hambach, über zeitnah zu genehmigende Leitungs-
172 trassen gehört hierzu.

173

174 Die SPD im Rhein-Erft-Kreis fordert die Landesregierung auf, die vielschichtigen Themen
175 des Kohleausstiegs ganzheitlich, wie faktenorientiert, rechtssicher und menschenfreundlich,
176 in einer Leitentscheidung anzupacken.

177

178 Wir gehen davon aus, dass der Staatsvertrag zwischen dem Bergbautreibenden und der
179 Bundesrepublik Deutschland Vertrauensschutz genießt und die vereinbarten Regelungen zur
180 Sozialverträglichkeit (inklusive Anpassungsgeld, APG) nicht gekürzt werden. Die Bundes-
181 regierung muss das Instrument des APG deutlich stärken. Das bedeutet insbesondere, das
182 APG von Stilllegungsterminen nach dem KVBG zu entkoppeln. Das APG muss bei jeder
183 Form politisch angestoßenen Personalabbaus zur Anwendung kommen, z.B. auch bei
184 niedrigeren Zertifikate-Mengen für den CO₂-Ausstoß.

185

186 Zu begrüßen ist, dass die Ampel-Koalition die Qualifizierung für die jüngeren Beschäftigten
187 ausdrücklich wünscht. Alle unter 58 Jahre alten Beschäftigten müssen die Chance auf
188 Weiterbeschäftigung in den Unternehmen oder auf Vermittlung in einen gleichwertigen Job
189 erhalten. Die entsprechende Weiterbildung muss in einer unternehmensübergreifenden
190 Institution abgesichert werden.

191

192 Sollte die im Koalitionsvertrag diskutierte *Stiftung für Rückbau* Realität werden, so ist sicher-
193 zustellen, dass nicht Gewinne privatisiert und Verluste solidarisiert werden. Für den Stein-

194 kohlenbergbau gibt es mit der RAG-Stiftung bereits ein Beispiel. Diese Stiftung trägt die
195 Verantwortung für die Finanzierung der Ewigkeitsaufgaben aus dem deutschen Steinkohlen-
196 bergbau. Wichtig ist, dass die Revierunternehmen sich nicht nur von Lasten entledigen, son-
197 dern die Unternehmen die Kontrolle über ihre Assets (inkl. verfügbarer Emissionsrechte,
198 Rücklagen und Rückstellungen) auf die Stiftung übertragen, so dass insgesamt bis zum voll-
199 ständigen Abschluss einer verantwortlichen Rekultivierung ausreichend finanzielle Mittel für
200 die Aufgaben der Stiftung zur Verfügung stehen. Die Unternehmen müssen sich ihrer Ver-
201 antwortung stellen. Die derzeit und zukünftig geplanten Schritte zur Schaffung einer gefahr-
202 los nutzbaren Landschaft, hochwertigen Rekultivierung und Infrastruktur müssen voll-
203 umfänglich realisiert werden. Die derzeit bestehenden Arbeitnehmerrechte im Bergbau sind
204 1:1 auch der Stiftung aufzutragen. Für den Fall ihrer Gründung muss die Stiftung zu einem
205 flexiblen, unternehmerischen Handeln (inkl. Auftragsvergabe und Mittelverwaltung) befähigt
206 werden, um den Rückbau verzögerungsfrei durchzuführen.

207

208 Inzwischen ist anerkannt, dass in Deutschland der Strombedarf in Zukunft steigen wird. Im
209 Ampel-Koalitionsvertrag fixierte Ziele wie das Erreichen von 15 Mio. Elektro-Autos und der
210 deutlich zu verstärkende Trend zu weiteren Wärmepumpen bis 2030 werden diesen Effekt
211 noch befeuern. Der Strombedarf einer weiter dekarbonisierten Chemie-Industrie und
212 Stahlbranche wird ebenfalls zunehmen. Gleichzeitig soll dieser Strom bis 2030 nicht nur zu
213 65%, sondern zu 80% aus erneuerbarer Energie stammen. Ein richtiges Ziel! Dies wird
214 jedoch Unternehmen, an Planungsprozessen Beteiligten, Genehmigungsbehörden und An-
215 wohnern viel abverlangen. Wir fordern die zügige Schaffung von Sonderplanungszonen im
216 Rheinischen Revier. Kapazitätsmechanismen im Strommarkt können helfen. Anforderungen
217 für Energiespeicherung sind zu definieren und Speicherkapazitäten (z.B. Batterie, Wasser-
218 stoff) sind in den nächsten Jahren massiv auszubauen. Ebenso sind auf kommunalen
219 Gebäuden und, soweit möglich, auf privaten Hof-, Haus- und Garagendächern Anlagen für
220 Photovoltaik bzw. Solarthermie zu errichten. Auch ist es sinnvoll, bestehende Kraftwerks-
221 standorte für den Bau von Gaskraftwerken vorzusehen. Diese werden wir als Brücken-
222 technologie zwingend brauchen, gerade im Rheinland. Schnell zu prüfen ist, inwiefern eine
223 Umstellung auf Gaskraftwerke überhaupt möglich ist. Hier muss ggf. die Politik diese Um-
224 stellung finanziell unterstützen. Wir unterstützen die Forderung, diese Gaskraftwerke gleich
225 „H₂-ready“ zu errichten. Um den Übergang dahin zu erleichtern bzw. mehr Optionen zu
226 schaffen, sollte jedoch parallel der Weg eröffnet werden, diese Kraftwerke zukünftig als
227 Biogas-Kraftwerke zu betreiben. Das wäre Brennstoff-offen und würde Unternehmen eine
228 gesteigerte Investitionssicherheit bieten. Biogas ist ebenso CO₂-neutral wie grüner
229 Wasserstoff, jedoch billiger.

230

231 Die SPD im Rhein-Erft-Kreis fordert einen deutlich gesteigerten Ausbau von Wind onshore.
232 Bürgerwindparks (genossenschaftlich organisiert) müssen Vorrang haben. NRW will bis zum

233 Jahr 2030 mit Windrädern insgesamt 10.500 Megawatt an Leistung bereitstellen. Bis Ende
234 2020 waren jedoch innerhalb der Landesgrenzen nur rund 6.200 Megawatt in Betrieb. Weil in
235 den kommenden Jahren auch planmäßig ältere Windparks vom Netz gehen, müssten nach
236 Berechnungen des Landesverbands Erneuerbare Energien NRW (LEE) bis 2030 jährlich gut
237 900 Megawatt brutto zugebaut werden. Wenn Kohlekraftwerke früher als geplant vom Netz
238 gehen, müssten diese Ausfälle ebenfalls ausgeglichen werden.

239 Derzeit bauen wir in NRW nur ein Drittel der Windkraft-Anlagen, die selbst für einen Kohle-
240 ausstieg 2038 nötig wären. Jedes Jahr kommen netto nur ca. 280 Megawatt hinzu. Nach
241 aktuellen Zahlen der Fachagentur für Wind an Land (FA Wind) gingen von Januar bis Ende
242 September 2021 insgesamt 50 neue Windkraftanlagen mit nur 195 Megawatt ans Netz. Das
243 1. Quartal 2022 war eines der ausbauschwächsten der letzten 10 Jahre. In NRW stammen
244 nach Zahlen des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) nur 16
245 Prozent des erzeugten Stroms aus erneuerbaren Quellen, bundesweit liegt dieser Schnitt bei
246 über 40 Prozent. NRW ist damit im Ländervergleich Schlusslicht. Wir fordern auch mit Blick
247 auf die Bedingungen für einen Kohleausstieg, dass hier NRW unbedingt aufholt.

248

249 Die Zukunft im Rheinischen Revier bietet viele Herausforderungen und Chancen. Gute,
250 klimafreundliche Industriearbeitsplätze sind zu schaffen, gleichzeitig sind bestehende,
251 kohlegebundene Arbeitsplätze sozialverträglich abzubauen. Erfahrungen in der Region, etwa
252 mit dem Autobauer Ford, zeigen, dass hier noch manches im Argen liegt. Industrielle
253 Wertschöpfung vor Ort zu erhalten ist entscheidend. Das Konzept der Reallabore war in der
254 Vergangenheit sehr auf Forschungs- und Entwicklungsprozesse bezogen und hat nur
255 kurzfristig Forschungsjobs geschaffen, deren wertschöpfende Effekte einem Strohfeuer
256 glichen. Nun sollen Strukturstärkungsgesetz und das Bundesprogramm STARK „angepasst“
257 werden. Im Rheinland können wir jedoch selbst bei einem Ausstieg 2038, erst recht 2030,
258 keine Mittelkürzung hinnehmen. Der zeitweilige Bewilligungsstopp, auch aufgrund dünner
259 Personaldecke beim BAFA als auch ggf. verspätete Haushaltsgenehmigungen, führen zu
260 einem Stillstand, der dringend aufzulösen ist.

261

262 Wir fordern seitens der SPD im Rhein-Erft-Kreis, dass die sinnvollen wie zukunftsorientierten
263 Ansätze im Sinne von Energiewende und Strukturwandel zu einer wirklich fortschrittlichen
264 Politik nun Realität werden.

265

266 Wir verfolgen einen ganzheitlich orientierten Ansatz, der die Stärkung demokratischer Struk-
267 turen, Friedenssicherung, den Klimaschutz, die Biodiversität, klimasichere und menschen-
268 freundliche Lebensverhältnisse, Wohlstand sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt
269 gleichwertig im Sinne der Energiewende und des auf Nachhaltigkeit ausgerichteten
270 Strukturwandels zusammenbringt. Weiterhin muss der Grundsatz des Kohlekompromisses

271 unverändert gelten. Der Kohleausstieg kann erfolgen, wenn die jetzt beschleunigten Ziele
272 des Ausbaus der Erneuerbaren nachprüfbar erreicht werden, ansonsten entstünde eine
273 unsichere Energieversorgung, die den Industriestandort, den Wohlstand aller vermissen
274 ließe.

275

276 Wir als SPD im Rhein-Erft-Kreis sehen uns als konsequente Verteidiger:innen für Demo-
277 kratie und Menschenrechte überall und als Bollwerk für faire und sichere Jobs. Wir stehen für
278 einen konsequenten, nachhaltigen Klima- und Naturschutz sowie für die Unterstützung des
279 Handwerks und der Industrie in diesem Transformationsprozess.

280